

3561/J XXI.GP

Eingelangt am: 28.02.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Lunacek, Kogler, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Umweltzerstörung in der Türkei mittels öffentlicher Exportfinanzierung

Die Türkei ist ein sehr attraktiver Markt für die österreichischen Maschinen- und Anlagenbauer. Daher sind die staatlichen Exportgarantien für die österreichischen Unternehmen sehr begehrt. So werden von allen derzeit in Bau befindlichen Wasserkraftprojekten in der Türkei rund 29 Prozent von österreichischen Firmen errichtet. Derzeit liegen mehrere Anträge für Exportgarantien bei der österreichischen Kontrollbank vor.

Gerade erst bewilligt wurde der **Staudamm am Fluss Ermenek**. Daran beteiligt sind die Firmen Alpine Bau Ges., Elin Energieversorgungs GmbH, Voest Alpine MCE und Verbundplan.

An den **Staudämmen Borcka und Muratli am Fluss Coruh** (an der Grenze zu Georgien) sind die österreichischen Firmen VA Tech Elin, VA Tech Voest MCE, Verbundplan und Strabag mit 4 Mrd. ATS beteiligt.

In der Provinz Dersim (Kurdistan) wird in einer wertvollen Naturlandschaft schon seit Jahren an der Errichtung von **acht Stauseen am Fluss Munzur** gearbeitet. Diese Staudämme haben für die Wirtschaft keinen nennenswerten Nutzen, haben aber katastrophale Auswirkungen auf die Umwelt und Bevölkerung. Am Bau der Staudämme sind die österreichischen Firmen VA Tech Elin und Strabag beteiligt.

GAP ist die Abkürzung für Güneydogu Anadolu Projesi, das größte türkische Entwicklungsprojekt in **Südostanatolien**, einem der ärmsten Teile der Türkei mit einer Analphabetenrate von 40 Prozent und einem ähnlich großen Anteil an landloser Bevölkerung. Insgesamt sollen 22 Staudämme und 19 Wasserkraftwerke gebaut werden, um 1,7 Mio. ha zu bewässern und 27.000 Gigawattstunden sicherzustellen. Die bis jetzt fertiggestellten sechs Dämme und drei Kraftwerke bringen 60% der angestrebten Energiegewinnung. Mehr als die Hälfte dieser Leistungen bringt der Atatürk-Staudamm, der seit 1992 in Betrieb ist. Durch diese Staudämme wird die Wasserführung des Euphrat um 45 % und des Tigris um 10% reduziert. Irak und Syrien sind von diesen zwei Flüssen jedoch sehr stark abhängig. Somit ist die Wasserregulierung für die trockene Großregion bis zum Persischen Golf ein strategisch wichtiger Machtfaktor. Seitens der Türkei wurden keine Bemühungen unternommen, die Staudambauten mit den Nachbarstaaten Syrien

und Irak vertraglich abzuklären. Dies widerspricht klar der UN-Konvention über den nicht-schiffbaren Gebrauch internationaler Wasserwege. Das ganze Projekt steht im Schatten eines Ausnahmezustandes. Es gibt viele Hinweise, dass die Staudämme auch zur Um- und Zersiedelung der kurdischen Bevölkerung dienen sollen. Oft

werden die Menschen auch einfach vertrieben, wie beim ersten großen GAP-Projekt, dem Atatürk-Staudamm, wo 65.000 Menschen unter Verwendung von brutalsten Unterdrückungsmassnahmen vertrieben wurden. Bis jetzt wurden nach Angaben der türkischen Regierung 330.000 Menschen umgesiedelt.

Schon im Jahr 1984 beschloss die Weltbank, sich nicht an den Wasserprojekten des GAP zu beteiligen, da kein völkerrechtlicher Vertrag mit Irak und Syrien über die Aufteilung des Wassers besteht. Somit sind die Exportkreditagenturen in diesem Projekt die einzigen Garanten für die Aufstellung der Finanzierung, da die Türkei allein aufgrund ihrer finanziellen Probleme diese Projekte nicht finanzieren könnte. Die ökologischen Konsequenzen sind gewaltig: Versalzung der Böden, Verlust von Lebensräumen von Tier- und Pflanzenarten, Verminderung des Selbstreinigungsvermögens der Flüsse. Trotz dieser großen ökologischen Auswirkungen wurde nie eine Umweltverträglichkeitsprüfung von der türkischen Regierung in Auftrag gegeben.

In einer von der türkischen Verwaltung veröffentlichten Liste stellt Österreich mit 200 Mio. USD den drittgrößten Anteil nach der Schweiz und Deutschland. Die 200 Mio. enthalten vor allem die Finanzierung des Karkamis Staudammes. Das größte Projekt mit österreichischer Beteiligung war zuletzt der Birecik-Staudamm. Die österreichische Beteiligung an diesem 1,5 Mrd. USD Projekt steigert sogar noch die weitere wichtige Rolle Österreichs bei GAP. Im Juni 2001 besuchte Bundeskanzler Schüssel diesen Damm und lobte diese Projekte.

Bei der Planung des Ilisu-Staudammes, nach dem Atatürk-Staudamm das größte GAP-Projekt, hat sich jedoch nationaler und internationaler Widerstand entzündet. 52 Dörfer und 15 Kleinstädte müssen dem Ilisu-Staudamm weichen mit den für das gesamte GAP-Projekt bekannten sozialen und ökologischen Folgen. In Deutschland, Schweiz, Großbritannien kam es bereits zu einer heftigen öffentlichen Debatte. In der Schweiz kam ein Gutachten zu dem Schluss, dass eine Staatsgarantie durch die Schweiz völkerrechtswidrig wäre. Ebenso sprachen sich der entwicklungspolitische Ausschuss im englischen Parlament und der Menschenrechtsausschuss des deutschen Bundestages entschieden gegen eine staatliche Unterstützung des Ilisu-Staudammes aus. Aufgrund der aufgedeckten Skandale und dem somit zu befürchtenden Imageverlust zogen sich immer mehr Unternehmen aus dem Projekt zurück. Im März 2000 gab die Schweizer ABB ihren Anteil an die französische Aistom ab, im September 2000 zogen zuerst die schwedische Firma Skanska und November 2001 auch die Unternehmen Balfour Beatty (GB) und Impregilo (Italien) Konsequenzen aus diesen Daten und gaben ihren Rückzug aus dem Konsortium bekannt. Neben den wirtschaftlichen Risiken gaben diese Unternehmen auch die momentan unlösbar erscheinenden ökologischen und sozialen Auswirkungen an. Von den ausländischen Unternehmen verbleiben somit laut Financial Times (14.11.2001) nur mehr die österreichische VA Tech und die französische Aistom im Konsortium. Laut VA Tech liegt das ganze Projekt derzeit auf Eis.

Am 27. Februar beendete die Schweizer UBS ihr Beratungsmandat im Illisu-Projekt. Für die Beendigung ausschlaggebend war laut UBS, dass in den vergangenen Jahren der Projektfortschritt "insgesamt unbefriedigend" gewesen sei und dass "bis heute auch keine abschließende Feststellung der flankierenden Maßnahmen zur Eindämmung der sozialen und ökonomischen Auswirkungen des Projektes erfolgt sei.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Für welche der angeführten Projekte wurden im Rahmen des Ausfuhrförderungsverfahrens in welcher Höhe Garantien beantragt?
2. Für welche der angeführten Projekte wurden im Rahmen des Ausfuhrförderungsverfahrens wann und in welcher Höhe Garantien übernommen?
3. Inwiefern halten Sie die Exportfinanzierungspolitik der OeKB hinsichtlich der Unterstützung der GAP- und der Dersim-Staudämme mit der Umwelt-, Entwicklungs- und Außenpolitik der Regierung vereinbar?
4. Wie rechtfertigen Sie die Beteiligung Österreichs im Hinblick darauf, dass das GAP-Projekt internationale Regeln verletzt, die Österreich im Rahmen der UNO unterzeichnet hat?
5. Hat die OeKB eine Überprüfung von Alternativen zu diesen großen Staudammprojekten eingefordert?
6. Laut Anfragebeantwortung 362/AB XXI GP wurde für das Wasserkraftwerk Illisu ein Antrag auf Gewährung einer Promesse gestellt. Wurde dieser Promesseantrag schon im Beirat bzw. erweiterten Beirat zur Entscheidung vorgelegt? Wenn ja, haben Sie sich dafür ausgesprochen und warum? In welcher Höhe wurde die Promesse genehmigt? An welche Konditionen war sie gebunden? Wenn nein, steht Österreich weiterhin in Verhandlung über eine Teilfinanzierung dieses Projekts und wie wird das begründet?
7. Wurden die angeführten GAP- und Dersim-Staudamm-Projekte einem Aid Quality Assessment (Berücksichtigung von Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtskriterien) unterzogen? Wenn nein, warum nicht, wenn ja, inwiefern fließt diese Projektevaluierung in die Entscheidungen über die Übernahme einer Bundeshaftung ein?
8. Wurde das Garantieansuchen für Illisu einer Prüfung durch das seit dem Jahr 2000 existierende Umweltprüfverfahren der österreichischen Kontrollbank unterzogen? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, welche Ergebnisse erbrachte diese Überprüfung?
9. Wie beurteilen Sie diese Projekte aus politischer, wirtschaftlicher und ökologischer Sicht?